

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**16. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung
mit Polizeibeirat**

Sitzungstermin:	Dienstag, 16.09.2025	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	20:15 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kimberly D`Amico - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Jochen Mauritz - CDU		
Markus Stappen - AfD		
Hülya Tac - CDU		
Frank Zahn - SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
André Marx - SPD		
Marilla Meier - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Herrn Peter Schüler
Hans-Peter Buerschaper - CDU		Vertretung für: Herrn Kevin Kleinert
Stefan Höfel - Die Fraktion		
Katja Mentz - LINKE & GAL		
Rolf Müller - FDP		
Kirsten Petersohn - SPD		
Paul-Gerhard Röttger - CDU		
Beiratsmitglieder		
Andreas Offenborn - Beirat für Menschen mit Behinderungen		öffentlicher Teil
Helga Lietzke - Beirat für Senior:innen		öffentlicher Teil
Joachim Schulz - Naturschutzbeirat		öffentlicher Teil
Verwaltung		
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und		

Ordnung	
Kristin Gercke - 3.030 Fachbereichscontrolling	
Thorben Schultz - 3.320 Ordnungsamt	
Möller Ina - 3.320 Ordnungsamt	
Fabian Kloth - 3.320 Kommunaler Ordnungsdienst (KOD)	
Ute Obel - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	
Barbara Schäfers - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	ab 17:02 Uhr bis 19:08 Uhr
Dr. Elke Kruse - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	ab 17:02 Uhr bis 19:08 Uhr
Thomas Köstler - 3.370 Feuerwehr	anwesend ab 16:25 Uhr
Sven Klempau - Stadtfeuerwehrverband	entschuldigt
Klaus Cohrs - Stadtfeuerwehrverband	entschuldigt
Bernd Olbrich - Polizeidirektion Lübeck	bis 16:52 Uhr
Björn Bödeker - Polizeidirektion Lübeck	bis 16:52 Uhr
Felix Schulz - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	bis 17:07 Uhr
Protokollführung	
Julia Matthäus - Fachbereichsdienste FB 3	
Gäste	
Christian Brandt - Beirat für Menschen mit Behinderungen	öffentlicher Teil
Bennet Koslowski - Beirat für Menschen mit Behinderungen	öffentlicher Teil
Ute Czech-Samaratunga - SPD	
Steffen Hamer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Sören Winzer - LINKE & GAL	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Kevin Kleinert - CDU	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Peter Schüler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.07.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilungen der Vorsitzenden	
3.1.1	Ausschusssitzung im Oktober	
3.1.2	Sitzungstermine des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung 2026	VO/2025/14421
3.2	Mitteilungen der Fachbereichsleitung	
3.2.1	Onlinedienste der Hansestadt Lübeck	
3.2.2	Veranstaltung: Travemünder Woche	
3.2.3	Masterplan Klimaschutz und Kommunale Wärmeplanung	
3.2.4	Mitteilung zum Sachstand zur VO/2025/13874 Einrichtung einer Projektgruppe "Stärkung Zivile Verteidigung und Krisenmanagement"	
3.2.5	Waffenverbotszonen	
3.2.6	Sachstand zur mündl. Nachfrage BM Flashbarth im Hauptausschuss am 22.07.2025: Weiteres Vorgehen zur VO 2025/14197 Treibhausgasneutrale Verwaltung	
3.2.7	Teilnahme der Hansestadt Lübeck am Forschungsprojekt CLIMPACT	
3.3	Beantwortung von Anfragen	
3.3.1	Beantwortung der mündlichen Anfrage von AM Kleinert bezgl. Bebauungsplänen der PV Anlagen	
3.3.2	Antwort auf Anfrage AM Katja Mentz (GAL): Schutz von Polizei und Community vor queerfeindlichen Hasskampagnen	VO/2025/14368-01
3.3.3	AM Jochen Mauritz (CDU) - Anfrage zu: AM Katja Mentz (GAL): Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität	VO/2025/14226-02

3.4	Neue Anfragen	
3.4.1	Anfrage AM Frank Zahn: Silvester 2025 Behaimring	VO/2025/14548
3.4.2	Mündliche Anfrage AM Tac zu VO/2025/14476 - Bericht zum Sachstand zur Einführung einer Ehrenamtszuschale für die Freiwillige Feuerwehr	
3.4.3	Mündliche Anfrage AM Zahn: Halteverbot Alexanderstraße, Sensoren	
3.4.4	Mündliche Anfrage AM Zahn: Photovoltaikanlagen auf 17 Schulen	
3.4.5	Mündliche Anfrage AM Stappen: Aktionscamp Lübecker Markt	
4	Berichte	
4.1	Sachstand zur Einführung einer Ehrenamtsförderung für die Freiwilligen Feuerwehren	VO/2025/14476
4.2	Zwischenbericht zur Konkretisierung der kommunalen Wärmeplanung	2024/13808-03-01
4.3	Kosten-Wirksamkeits-Analyse Zukunftsszenarien ÖPNV	2024/13418-01-01
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Bewerbung beim Projekt Meeresschutzstädte	VO/2025/14447
5.2	Teilnahme Lübecks im EU-Forschungsprojekt "DISCO-AD-APT"	VO/2025/14461
5.3	Verkehrsentwicklungsplan - Teilgutachten Potenzialanalyse Straßenbahn	VO/2024/13418
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität	VO/2025/14000-01
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Katja Mentz (GAL): Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität	VO/2025/14226
8	Polizeibeirat	
8.1	Sachstand der Ermittlungen zum Feuer in der Schützenstraße am 29.05.2025	
8.2	Sachstand der Ermittlungen zum Feuer in der Langeneßallee am 22.07.2025	

9	Verschiedenes	
9.1	Mündliche Mitteilungen AM Höfel	
10	Ende des öffentlichen Teils	
12	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Be- schlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 16. Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit. Es wird festgestellt, dass die Sitzung fristgerecht einberufen wurde und die Tagesordnung allen Teilnehmer:innen zugänglich ist.

Die Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Ferner macht die Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Bernd Olbrich und Herrn Björn Bödeker für den Polizeibeirat.

Zudem teilt die Vorsitzende mit, dass in der letzten Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen neue Beiratsmitglieder gewählt worden seien und begrüßt die Beiratsmitglieder für den USO Herrn Andreas Offenborn und Herrn Bennet Koslowski. Zudem ist Herr Christian Brandt ebenfalls vom Beirat heute als Gast zugegen.

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Felix Schulz aus dem FB 5 – Stadtplanung und Bauordnung für TOP 4.3 und TOP 5.3.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Die Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Herrn Hans-Peter Buerschaper mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Zur Tagesordnung:

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

TOP 3.2.4: Mitteilung zum Sachstand zur VO/2025/13874 Einrichtung einer Projektgruppe „Stärkung Zivile Verteidigung und Krisenmanagement“

TOP 3.2.5: Waffenverbotszonen

TOP 3.2.6: Sachstand zur mündli. Nachfrage BM Flashbarth im Hauptausschuss am 22.07.2025: Weiteres Vorgehen zur VO/2025/14197 Treibhausneutrale Verwaltung

TOP 3.2.7: Teilnahme der Hansestadt Lübeck am Forschungsprojekt CLIMPACT

TOP 3.4.1: VO/2025/14548 Anfrage AM Frank Zahn: Silvester 2025 Behaimring

TOP 4.2: VO/2024/13808-03-01 Zwischenbericht zur Konkretisierung der kommunalen Wärmeplanung

TOP 4.3: Bericht: VO 13418-01-01 Kosten-Wirksamkeits-Analyse Zukunftsszenarien ÖPNV

TOP 12.1: Veranstaltungssicherheit

TOP 12.2: Ausländische Intensivtäter

TOP 5.3: Dringlichkeitsantrag VO/2024/13418 – Verkehrsentwicklungsplan – Teilgutachten Potenzialanalyse Straßenbahn (lag bereits vor).

Die Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit des TOP 5.3 abstimmen.
Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Änderungen der Tagesordnung:

Es wird gebeten TOP 8 Polizeibeirat vorzuziehen und nach TOP 2.1 zu behandeln.
Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten TOP 3.3.2 – „Veranstaltung: Travemünder Woche“ gemeinsam mit dem Polizeibereit unter TOP 8 zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten TOP 3.2.5 – „Waffenverbotszonen“ gemeinsam mit dem Polizeibeirat unter TOP 8 zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten TOP 3.3.2 – VO/2025/14368-01 Antwort auf Anfrage AM Katja Mentz (GAL): Schutz von Polizei und Community vor queerfeindlichen Hasskampagnen gemeinsam mit dem Polizeibeirat unter TOP 8 zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig der Zuordnung zu.

Es wird gebeten TOP 3.4.1 – VO/2025/14548 Anfrage AM Frank Zahn: Silvester 2025 Beihaimring gemeinsam mit dem Polizeibeirat unter TOP 8 zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten TOP 3.3.3 Anfrage von AM Mauritz gemeinsam mit TOP 7.1 Antrag von AM Mentz „Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität unter TOP 7.1 zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten TOP 4.3 Bericht: Kosten-Wirksamkeits-Analyse Zukunftsszenarien ÖPNV gemeinsam mit TOP 5.3 Beschlussvorlage: Verkehrsentwicklungsplan – Teilgutachten Potenzialanalyse Straßenbahn gemeinsam unter TOP 5.3 zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten TOP 4.3 und TOP 5.3 vorzuziehen und nach TOP 8 Polizeibeirat zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten TOP 3.2.4 „Mitteilung zum Sachstand zur VO/2025/13874 Einrichtung einer Projektgruppe „Stärkung Zivile Verteidigung und Krisenmanagement“ vorzuziehen und nach TOP 3.2.1 zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten TOP 3.2.7 Teilnahme der Hansestadt Lübeck am Forschungsprojekt CLIM-PACT nach TOP 5.2 zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten TOP 4.2 VO/2024/13808-03-01 Zwischenbericht zur Konkretisierung der kommunalen Wärmeplanung vorzuziehen und gemeinsam mit TOP 3.2.3 Masterplan Klimaschutz und Kommunale Wärmeplanung unter TOP 3.2.2 zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist. Sie lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOPs abstimmen:

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt der nichtöffentlichen Beratung der angemeldeten TOPs einstimmig zu.

Die Vorsitzende teilt mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitern im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist. Die Vorsitzende lässt über die Teilnahme von Frau Kristin Gercke, Frau Ute Obel, Herr Thorben Schultz, Frau Ina Möller Herrn Thomas Köstler sowie den Mitarbeitern der Feuerwehr abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung einstimmig zu.

AM Mauritz beantragt die Vertagung von TOP 5.1. Hierzu spricht AM Dr. Lengen.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt mehrheitlich die Vertagung der Beratung zu TOP 5.1.

AM Mählenhoff beantragt die Vertagung von TOP 4.1.

AM Mauritz und AM Röttger erklären sich für Befangen und verlassen den Sitzungssaal.

Hierzu spricht AM Zahn.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt mehrheitlich gegen die Vertagung der Beratung zu TOP 4.1.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt einstimmig die Tagesordnung nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse.

zu 2	Genehmigung der Niederschrift
-------------	--------------------------------------

zu 2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.07.2025
---------------	---

Keine Wortmeldung. Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3 **Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

zu 3.1 **Mitteilungen der Vorsitzenden**

Die Vorsitzende empfiehlt die Teilnahme am Apfeltag in der Hansestadt Lübeck. Der Apfeltag finde am 28.09.2025 im Domhof des Museums für Natur und Umwelt statt.

Anmerkung zur Niederschrift: Weitere Informationen unter: www.hanse-obst.de

Des Weiteren berichtet die Vorsitzende vom Walderlebnistag am 07.09.2025. Die Vorsitzende habe bei der Veranstaltung das Grußwort gesprochen. Es sei eine gut besuchte Veranstaltung gewesen mit vielen Aktionen. Die Vorsitzende regt eine Besucherzählung für 2026 an.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.1.1 **Ausschusssitzung im Oktober**

Die Vorsitzende teilt mit, dass die nächste Sitzung am 07.10.2025 stattfindet. Aufgrund der Belegung im VZM werde die Sitzung in Sitzungsraum FB 3, Königstraße 57, 23552 Lübeck stattfinden. Bei dem Termin seien keine Besprechungsräume für ggf. geplante Vorbesprechungen verfügbar.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.1.2 **Sitzungstermine des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung 2026** **Vorlage: VO/2025/14421**

Die Vorsitzende weist auf die VO/2025/14421 hin. Der Ausschuss hat zur Vorlage keine Anmerkungen. Damit sind die Termine für den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung für das Jahr 2026 festgelegt und bekanntgegeben. Sie bittet um Vormerkung im jeweiligen Terminkalender.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2 **Mitteilungen der Fachbereichsleitung**

zu 3.2.1 **Onlinedienste der Hansestadt Lübeck**

Senator Hinsen teilt mit, dass die Digitalisierung in der Verwaltung der Hansestadt Lübeck voranschreite und der FB 3 weitere Online-Dienste freischalte.

Herr Schultz berichtet, dass Kraftfahrzeuge nun auch digital an- um- oder abgemeldet werden können. Voraussetzungen für die Nutzung seien ein für die Online-Funktion freigeschalteter Personalausweis inkl. PIN, ein Konto bei der BundID mit eingebundenen Personalausweis, eine Kreditkarte, die Zulassungsbescheinigung I und II mit Sicherheitscode und ein Drucker.

Ebenso können beim Lübecker Standesamt Urkunden digital bestellt werden.

Die Gebühren seien jeweils bei den Onlinediensten geringer.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.2 Veranstaltung: Travemünder Woche

Gemäß TOP 1 wird TOP 3.2.2 gemeinsam mit dem Polizeibeirat behandelt.

Herr Bödeker berichtet über die Einsatzmaßnahmen im Zusammenhang der Travemünder Woche und betont, dass die Durchführung der Einsatzmaßnahme in Kooperation zwischen der Landespolizei, kommunalen Ordnungsdienst und Bundespolizei erfolgt sei. Hierzu reden Senator Hinsen und Herr Olbrich.

Herr Bödeker beantwortet die Fragen von AM Zahn und AM Stappen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.3 Masterplan Klimaschutz und Kommunale Wärmeplanung

Gemäß TOP 1 werden TOP 3.2.3 und TOP 4.2 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.2 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.4 Mitteilung zum Sachstand zur VO/2025/13874 Einrichtung einer Projektgruppe "Stärkung Zivile Verteidigung und Krisenmanagement"

Senator Hinsen berichtet, dass gemäß Beschluss die Projektgruppe mit vier Vollzeitstellen besetzt werden solle, davon seien zwei Stellen für den Bereich Feuerwehr vorgesehen. Senator Hinsen und Herr Köstler berichten über den aktuellen Sachstand bezüglich der möglichen Stellen und der daraus resultierten Probleme, die Projektgruppe zu gründen. Entsprechend der Aufforderung der Bürgerschaft habe die Feuerwehr nach Stellen gesucht, um die Neuschaffungen zu kompensieren, allerdings ohne Erfolg.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Mauritz, AM Zahn, Senator Hinsen, AM Röttger, AM Müller.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.5 Waffenverbotszonen

Gemäß TOP 1 wird TOP 3.2.5 gemeinsam mit dem Polizeibeirat behandelt.

Senator Hinsen berichtet über die aktuell gesetzlichen Möglichkeiten zum Einrichten von Waffenverbotszonen. In diesem Zusammenhang bedankt sich Senator Hinsen für die gute Zusammenarbeit zwischen dem kommunalen Ordnungsdienst und der Polizei. Herr Olbrich ergänzt, dass die Polizei die Einschätzungen und Ansichten der Hansestadt Lübeck teile.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.6 Sachstand zur mündl. Nachfrage BM Flashbarth im Hauptausschuss am 22.07.2025: Weiteres Vorgehen zur VO 2025/14197 Treibhausgasneutrale Verwaltung

Frau Obel berichtet über den aktuellen Sachstand bezüglich der Treibhausgasneutralen Verwaltung mündlich. Hierzu nimmt Frau Obel Bezug auf die Mobilität, Gebäudesanierung, den Ausbau erneuerbarer Energien und die Umstellung der Bilanzierungssystematik für die Verwaltung.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.7 Teilnahme der Hansestadt Lübeck am Forschungsprojekt CLIMPACT

Frau Dr. Kruse stellt das Forschungsprojekt CLIMPACT anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Beantwortung von Anfragen

zu 3.3.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage von AM Kleinert bezgl. Bebauungsplänen der PV Anlagen

Senator Hinsen teilt mit, dass die Antworten des FB5 – 5.610 Stadtplanung und Bauordnung zur Niederschrift beigefügt werden.

Anfrage:

Frage:

Was ist die durchschnittliche Bearbeitungszeit von Bebauungsplänen der PV-Anlagen?

Antwort:

„Durch die Abhängigkeit von verschiedenen Faktoren, wie bspw. Dem Umfang des Verfahrens, der Komplexität der Planung sowie einzuholenden Gutachten lässt sich eine durchschnittliche Bearbeitungszeit nicht pauschal beziffern. Im Hinblick auf die Erfahrung aus dem

Bebauungsplanverfahren Solarpark Moising, kann von einer Bearbeitungszeit von ca. 2 bis 3 Jahren ausgegangen werden.“

Frage:

Wie viele von diesen Verfahren sind gerade in Planung?

Antwort:

„Aktuell ist ein Verfahren dieser Art, der Bebauungsplan – 12.01.00 Solarpark Beidendorf – in Bearbeitung.“

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

**zu 3.3.2 Antwort auf Anfrage AM Katja Mentz (GAL): Schutz von Polizei und Community vor queerfeindlichen Hasskampagnen
Vorlage: VO/2025/14368-01**

Gemäß TOP 1 wird TOP 3.2.2 gemeinsam mit dem Polizeibeirat behandelt.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldung.

Anfrage:

Hintergrund:

Im Nachgang des CSD in Norderstedt, bei dem auch der Lübeck Pride e. V. vertreten war, veröffentlichte eine Landtagsabgeordnete der AfD aus Niedersachsen ein diffamierendes Posting gegen die Veranstaltung und die dort eingesetzte LGBTIQ-Ansprechstelle der Landespolizei Schleswig-Holstein. Der Beitrag erreichte auf der Plattform „X“ (ehemals Twitter) fast 500.000 Aufrufe und löste eine Welle queerfeindlicher und polizeifeindlicher Kommentare aus – über 2.000 Beiträge, darunter zahlreiche Schmähungen und gezielte Angriffe auf Polizeibedienstete, die sich für Vielfalt und Grundrechte einsetzen.

Dieser Vorfall ist exemplarisch für eine Strategie rechter Akteur*innen, queere Sichtbarkeit und staatliche Institutionen gegeneinander auszuspielen und das Vertrauen in demokratische Strukturen zu untergraben. Besonders problematisch ist, dass die Polizei – als Garantin des Grundgesetzes – ins Visier genommen wird, wenn sie ihre Schutzfunktion gegenüber marginalisierten Gruppen wahrnimmt.

Mit Blick auf bevorstehende Veranstaltungen wie den Lübeck Pride stellt sich die Frage, wie die Stadt Lübeck, die Polizei und andere Institutionen auf diese Entwicklungen reagieren und wie sie queere Initiativen und Einsatzkräfte gleichermaßen vor digitalem und physischem Hass schützen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

Antwort:

1. **Wie bewertet die Stadtverwaltung die queerfeindlichen und polizeifeindlichen Angriffe im Nachgang des CSD Norderstedt durch die AfD-Landtagsabgeordnete aus Niedersachsen?**

Antwort der Hansestadt Lübeck:

Die Stadtverwaltung Lübeck verurteilt grundsätzlich jede Form von Hass, Hetze und Diskriminierung – unabhängig davon, gegen wen sie sich richtet. Die Stadtverwaltung betont, dass die freie Meinungsäußerung ein wesentliches Grundrecht darstellt. Dort, wo jedoch die Schwelle zur Verunglimpfung, Diskriminierung oder Aufstachelung zu Hass überschritten wird, greift das geltende Strafrecht. Entsprechende Sachverhalte und Erkenntnisse werden der Polizei zur weiteren Veranlassung übergeben oder direkt zur Anzeige gebracht.

2. **Welche Schlussfolgerungen zieht die Stadt Lübeck im Hinblick auf anstehende Veranstaltungen wie den Lübeck Pride aus dieser öffentlichkeitswirksamen Hasskampagne?**

Antwort der Hansestadt Lübeck:

Die Stadtverwaltung Lübeck beobachtet gesellschaftliche und politische Entwicklungen im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen wie dem Lübeck Pride sehr aufmerksam und steht im engen Austausch mit den zuständigen Sicherheitsbehörden und Veranstaltern. Die Hansestadt Lübeck wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Veranstaltungen wie der Lübeck Pride in einem Klima des gegenseitigen Respekts und der gesellschaftlichen Offenheit stattfinden können.

Siehe auch VO/2025/14385 (2. Lübecker Aktionsplan Gleichstellung / Queer).

3. **Welche konkreten Schutzmaßnahmen plant die Polizei Lübeck für queere Veranstaltungen, um sowohl die Sicherheit der Teilnehmenden als auch der unterstützenden Einsatzkräfte zu gewährleisten?**

Antwort der Polizei:

Die Polizei Lübeck steht bei Veranstaltungen regelmäßig im engen und vertrauensvollen Austausch mit der Hansestadt Lübeck, die für die Bearbeitung gefahrenabwehrrechtlicher Aspekte originär zuständig ist. Die Ergebnisse veranstaltungsspezifischer Gefahrenanalysen der Polizei werden in Beratungsgespräche und Empfehlungen an die Stadt Lübeck für die Sicherheit der jeweiligen Veranstaltungen einbezogen, um besonderen Gefahrenpotentialen adäquat begegnen zu können.

4. **Wie erfolgt die Gefahrenanalyse im Hinblick auf gezielte digitale Mobilisierung durch rechtsextreme oder queerfeindliche Gruppen?**

Antwort der Polizei:

Sowohl der Staatsschutz des LKA als auch der polizeiliche Staatsschutz in der Fläche durch das Kommissariat 5 der Bezirkskriminalinspektion Lübeck erheben, analysieren und bewerten in enger Zusammenarbeit regelmäßig Lageinformationen im Zusammenhang mit Veranstaltungen und Versammlungslagen. Dies gilt auch für mögliche gezielte, digitale Mobilisierungen durch Rechtsextreme oder queerfeindliche Gruppen.

5. **Welche Unterstützungssysteme stehen Polizeibediensteten zur Verfügung, die durch Hassrede und persönliche Angriffe im Netz belastet sind – etwa psychologische Betreuung oder juristische Unterstützung?**

Antwort der Polizei:

Den Polizeibediensteten stehen umfangreiche Hilfs- und Beratungsangebote zur Verfügung, um mit belasteten Einsätzen oder Situationen umzugehen oder Betreuung nach erfahrener psychischer oder physischer Gewalt zu erhalten. Die Polizeidirektion Lübeck verfügt einerseits über speziell geschulte Betreuer nach belasteten Einsätzen, die jederzeit angefordert und kontaktiert werden können, um qualifizierte Unterstützung zu erhalten. Dieses Angebot wird durch die Personalvertretungen, den Landespsychologischen Dienst, die Polizeiseelsorge und

den ärztlichen Dienst der Landespolizei insgesamt erweitert, welche allen Polizeibediensteten zur Verfügung stehen.

Seit 2018 ist zudem die Zentrale Ansprechstelle LSBTIQ* fest in die Struktur der Landespolizei integriert, die auch nach innen für die Polizeikräfte der LSBTIQ*-Community als Ansprech- und Kontaktstelle zur Verfügung steht. Sie dient sowohl als professioneller Opferschutz für die betroffenen Polizeibediensteten als auch als Hilfseinrichtung für jedwede Form von Beratung und Unterstützung.

Die Gewährung von Rechtsschutz ist Ausfluss der dienstlichen Fürsorgeverpflichtung und wird daher unter definierten Voraussetzungen den Polizeibediensteten ermöglicht. Gleichzeitig erhalten Polizeibedienstete bei Bedarf psychologische Prozessbegleitung.

6. Welche Rolle spielt der Staatsschutz bei der Bewertung solcher digitaler Angriffe gegen die Polizei im Kontext queerfeindlicher Hasskampagnen?

Antwort der Polizei:

Sofern der Polizei strafrechtlich relevante Aussagen oder Kommentare bekannt werden, wird sie im Rahmen der Strafverfolgung tätig. Richten sich diese gegen die sexuelle Orientierung und/oder die geschlechtliche Identität von Menschen so werden sie als Hasskriminalität durch die Dienststellen des polizeilichen Staatsschutzes bearbeitet.

Dies erfolgt unabhängig vom beruflichen Status der Geschädigten.

7. Wie werden potenzielle Nachwirkungen auf zukünftige Veranstaltungen bewertet – etwa im Hinblick auf Selbstzensur, Rückzug von Ehrenamtlichen oder Vertrauensverlust in staatlichen Schutz?

Antwort der Hansestadt Lübeck:

Die Stadtverwaltung Lübeck nimmt Hinweise auf potenzielle Verunsicherung von ehrenamtlich Engagierten, Veranstaltenden oder Teilnehmenden sehr ernst.

Die Förderung eines sicheren und diskriminierungsfreien öffentlichen Raums bleibt ein zentrales Anliegen der Stadtverwaltung, unabhängig von politischen Kontroversen oder medialen Debatten.

8. Gibt es Überlegungen, eine städtische oder polizeiliche Task-Force zum Schutz vor digitalem Hass gegen marginalisierte Gruppen und ihre Unterstützer*innen in der Exekutive einzurichten?

Antwort der Polizei:

Bisher gibt es keine Überlegungen eine eigene, polizeiliche Task-Force speziell zum Schutz vor digitalem Hass gegen marginalisierte Gruppen und ihre Unterstützenden einzurichten.

9. Wie plant die Stadt, sich öffentlich sichtbar mit den angegriffenen Beamt*innen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen solidarisch zu zeigen – etwa durch offizielle Erklärungen, öffentliche Veranstaltungen oder digitale Gegenrede?

Antwort der Hansestadt Lübeck:

Im Bedarfsfall wird die Hansestadt Lübeck über die ihr zur Verfügung stehenden Kommunikationskanäle klar Stellung beziehen, um Diskriminierungen entgegenzuwirken.

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

Abstimmungsergebnis	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.3.3 AM Jochen Mauritz (CDU) - Anfrage zu: AM Katja Mentz (GAL): Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität
Vorlage: VO/2025/14226-02**

Gemäß TOP 1 werden TOP 3.3.3 und TOP 7.1 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 7.1 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Anfrage:

Wie viele Einleitungsgenehmigungen und an wen in den Niemarker Landgraben sind erteilt worden?

Wieviel Wasser darf über die Drosselbauwerke in den Landgraben eingeleitet werden?

Warum führt der Landgraben immer Hochwasser?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
Ohne Votum		

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.4 Neue Anfragen

**zu 3.4.1 Anfrage AM Frank Zahn: Silvester 2025 Behaimring
Vorlage: VO/2025/14548**

Herr Olbrich und Senator Hinsens beantworten die Anfrage mündlich. Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Zahn und AM Meier.

Senator Hinsen weist daraufhin, dass bezüglich Frage 2, aufgrund von einsatztaktischen Gründen über geplante Maßnahmen nicht öffentlich berichtet werden könne.

Anfrage:

Zu den Jahreswechseln 2023/2024 und 2024/2025, kam es zu Ausschreitungen und Bedrohungen in der Straße Behaimring in Lübeck Eichholz. Durch den unsachgemäßen Umgang mit Feuerwerkskörpern entstanden Sachbeschädigungen und Menschen kamen zu Schaden. Polizei und Feuerwehr mussten eingesetzt werden, um noch schlimmeres zu verhindern.

Durch diese Ausschreitungen kamen Lübeck und insbesondere der Behaimring bundesweit „in Negativ-Schlagzeilen“.

In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Die ermittelnde Polizei bat um Mithilfe bei der Aufklärung der Vorgänge durch Überlassung bzw. Übersendung von Foto- und Videomaterial. Konnten durch die Ermittlungen Täter dingfest gemacht werden und kam es zu Anklagen und Bestrafungen?

Werden besondere Maßnahmen seitens der Hansestadt Lübeck und der Polizei für den diesjährigen Jahreswechsel geplant?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Anfrage und Antwort zur Kenntnis.

zu 3.4.2 Mündliche Anfrage AM Tac zu VO/2025/14476 - Bericht zum Sachstand zur Einführung einer Ehrenamtspauschale für die Freiwillige Feuerwehr

Gemäß TOP 4.1 hat AM Tac folgende Anfrage schriftlich zur Niederschrift eingereicht:

Anfrage:

AM Tac bittet den Stadtfeuerverband Lübeck um die Beantwortung folgender Fragen:

Frage 1:

Wie ist die Verteilung der Ehrenamtspauschale auf die Kameradinnen und Kameraden in den jeweiligen Feuerwehren?

Frage 2:

Bitte um die Abstimmungsergebnisse der einzelnen Feuerwehren bzgl. der Verteilung der Ehrenamtspauschale.

zu 3.4.3 Mündliche Anfrage AM Zahn: Halteverbot Alexanderstraße, Sensoren

AM Zahn hat folgende Anfrage mündlich im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung gestellt und im Nachgang schriftlich für die Niederschrift eingereicht:

Anfrage:

Gem. einer Pressemitteilung wurden im Bereich der Alexanderstraße durch die Verwaltung zur Überwachung des Parkraumes 60 Sensoren auf einer Strecke von 80m angebracht:

Frage 1:

Was rechtfertigt diese Anzahl von Sensoren, welchen unzumutbaren Belästigungen sind die Anwohnenden (wenige Häuser) ausgesetzt. Jeder Sensor soll inkl. Wartung und Installation 6,90 €/Monat kosten, d. h. $6,90 \text{ €} \times 60 = 414,00 \text{ €/Monat}$, jährlich = 4.968,00 €.

Frage 2:

Werden die Sensoren nur kurzfristig installiert oder gibt es längerfristige Verträge mit dem Anbieter?

Antwort:

Herr Kloth berichtet, dass es in dem Bereich eine massive Anzahl von Parkverstößen und Abschleppvorgängen gegeben habe und die hohe Dichte der Sensoren sei notwendig um die Überwachung gewährleisten zu können. Aufgrund der baulichen Gegebenheit gebe es durch die Falschparker Engstellen und die Rettungswege seien nicht frei. Seit Anbringung der Sensoren habe sich die Situation gebessert. Man werde die Lage stetig beurteilen, ggf. sei ein teilweiser Rückbau möglich. Den Mietkosten stehe eine große Ersparnis gegenüber, da weniger Personaleinsatz nötig sei und auch keine Abschleppkosten mehr verauslagt werden müssten

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Anfrage und Antwort zur Kenntnis.

zu 3.4.4 Mündliche Anfrage AM Zahn: Photovoltaikanlagen auf 17 Schulen

AM Zahn hat folgende Anfrage mündlich im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung gestellt und im Nachgang schriftlich für die Niederschrift eingereicht:

Anfrage:

In 2024 wurde im Rahmen des Projektes „Klimaschutzmaßnahmen“ beschlossen, auf 17 Schulen in Lübeck Photovoltaikanlagen anzubringen. Gelder standen bereit und die Maßnahme hätte, aufgrund baugleicher Teile und der Verfügbarkeit von finanziellen Ressourcen, in 2024 umgesetzt werden können. Leider hat die sog. Rathausmehrheit (Grüne, CDU und FDP) die gesamten Klimaschutzmaßnahmen blockiert und unter einem Zustimmungsvorbehalt gestellt?

Frage 1:

Ist es zutreffend, dass diese Maßnahme immer noch nicht umgesetzt wurde, weil die Akteure dieses immer noch blockieren?

Frage 2:

Welcher finanzielle Schaden ist eingetreten, weil die Sonnenenergie in 2025 noch nicht genutzt werden konnte?

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.4.5 Mündliche Anfrage AM Stappen: Aktionscamp Lübecker Markt
--

Anfrage:

AM Stappen berichtet, dass auf dem Lübecker Marktplatz am Wochenende ein Aktionscamp geplant sei. Welche Gebühren würden für die Veranstaltung in Rechnung gestellt bzw. mit welche Kosten würde gerechnet werden.

Senator Hinsen beantwortet die Frage mündlich. Aus dem Zuständigkeitsbereiches des FB 3 sei für ein Aktionscamp nur eine Anmeldung erforderlich. Diese sei nicht gebührenpflichtet.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Anfrage und Antwort zur Kenntnis.

zu 4	Berichte
-------------	-----------------

zu 4.1	Sachstand zur Einführung einer Ehrenamtsförderung für die Freiwilligen Feuerwehren Vorlage: VO/2025/14476
---------------	--

AM Mauritz und AM Röttger haben sich unter TOP 1 für TOP 4.1 für befangen und verlassen vor Beratung den Sitzungssaal.

Hierzu redet AM Zahn. Herr Köstler berichtet mündlich über das bisher durchgeführte Verfahren und die geplante Umsetzung. Herr Köstler beantwortet die Fragen von AM Zahn, AM D'Amico, AM Mählenhoff, AM Marx.

Frage AM Müller:

Werden die Kosten in Höhe von 3.800 € mit den 170.000 € verrechnet oder werden die Kosten anderweitig getragen?

Herr Köstler sagt zu, die Frage von AM Müller nach Prüfung zu beantworten.

AM Tac teilt mit, dass sie zwei Fragen schriftlich zur Niederschrift geben werde.

Anmerkung zur Niederschrift:

Die Anfrage von AM Tac ist unter TOP 3.4.2 zur Niederschrift wiedergegeben.

Bericht:

Der Bericht zum Sachstand zur Einführung einer Ehrenamtsförderung für die Freiwilligen Feuerwehren wird zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 4.2	Zwischenbericht zur Konkretisierung der kommunalen Wärmeplanung Vorlage: 2024/13808-03-01
---------------	--

Gemäß TOP 1 werden TOP 3.2.3 und TOP 4.2 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.2 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Frau Obel teilt den aktuellen Umsetzungsstand des Masterplanes Klimaschutz anhand einer Präsentation mit. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt. Frau Obel beantwortet die Frage von AM Zahn.

Frau Schäfers stellt den Zwischenbericht zur Konkretisierung der kommunalen Wärmeplanung anhand einer Präsentation kurz vor. Die Präsentation ist in der Vorlage als Anlage 2 „KLS_begleitende Praesentationv2“ beigelegt.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, Senator Hinsen und Frau Obel.

Frau Schäfers beantwortet die Fragen von AM Mauritz, AM Mählenhoff, AM Zahn, AM Dr. Lengen, AM Mentz, AM Petersohn und AM Röttger.

Bericht:

VO/2024/13808-03: Änderungsantrag zur kommunalen Wärmeplanung

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 4.3 Kosten-Wirksamkeits-Analyse Zukunftsszenarien ÖPNV Vorlage: 2024/13418-01-01

Gemäß TOP 1 werden TOP 4.3 und TOP 5.3 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.3 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Bericht:

Mit dem Antrag VO/2024/13418-01 wurde beschlossen, dass ein Nutzen-Kosten-Vergleich des Straßenbahnszenarios aus dem Teilgutachten „Potenzialanalyse Straßenbahn“ des VEP mit dem nur auf Bussen basierenden „Verkehrswendeszenarios“ durchgeführt wird.

A/s Grundlage für die Entscheidung über eine vertiefte Untersuchung der technischen Machbarkeit und einen detaillierten Trassenverlauf wird die Verwaltung beauftragt, als Zwischenschritt folgendes untersuchen zu lassen:

- Nutzen-Kosten-Vergleich der Straßenbahn (bei einem Modal-Split von 15,5%) und des Verkehrswendeszenarios der Busse (bei einem Modal-Split von 15,5%).

Dabei sind u. a. zu berücksichtigen:

- Notwendige Investitionen in Fahrwege (einschließlich Leitungsverlegung und erschütterungsfreie Untergründe in der Altstadt), Betriebshöfe, Fahrzeuge etc. sowie Betriebskosten und -verluste.
- Mögliche Fördergelder von EU, Bund und Land, sowie deren Förderbedingungen und Prognose über deren Bestand sowie dynamische Anpassungsmöglichkeiten.
- Nutzen-Kosten-Untersuchung der Brückensanierungen mit Schwerpunkt auf die mögliche Förderung und Förderumfang (bezogen auf einen Denkmalschutz bei den Brücken) durch den Bau einer Straßenbahn und ohne.
- Zuwachs an erforderlichen Planungs- und Bauressourcen und die damit verbundenen Kosten
- Unterschiede bei Kosten und Förderung zwischen Straßenbahnen auf eigener Trasse und Mischverkehr

Vergleich der Klimaeffekte durch eine E-Bussystem und ein Straßenbahnsystem (Bau und Betrieb)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Bewerbung beim Projekt Meeresschutzstädte Vorlage: VO/2025/14447
--

Gemäß TOP 1 wurde die Beratung zu TOP 5.1 vertagt.

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft beschließt, dass Lübeck Meeresschutzstadt wird und eine Bewerbung in Form eines Letter of Intent beim Projekt „Meeresschutzstädte“ einreicht.

2. Unter der Voraussetzung, dass die Klimaleitstelle entsprechende Fördermittel einwerben kann, wird die Klimaleitstelle als zentrale Stelle und Ansprechpartnerin innerhalb der Hansestadt Lübeck für die städtischen und nicht-städtischen Akteur:innen sowie gegenüber dem Team des Ocean Summit fungieren. Eine Ausweitung des Stellenplans ist hierfür nicht vorgesehen.

zu 5.2 Teilnahme Lübecks im EU-Forschungsprojekt "DISCO-ADAPT" Vorlage: VO/2025/14461
--

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Höfel, Senator Hinsen, AM Mauritz, AM Mentz, AM Müller, Frau Dr. Kruse

Die Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Der Teilnahme Lübecks als Praxispartnerin am geplanten europäischen Forschungsprojekt „DISCO-ADAPT – Demonstrating innovative solutions for climate adaptation“ wird zugestimmt.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Hansestadt Lübeck im geplanten Forschungsprojekt zu vertreten und gegenüber dem Konsortium als Ansprechpartnerin zu fungieren.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich die Annahme der Beschlussvorlage.

zu 5.3 Verkehrsentwicklungsplan - Teilgutachten Potenzialanalyse Straßenbahn Vorlage: VO/2024/13418
--

Gemäß TOP 1 werden TOP 4.3 und TOP 5.3 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.3 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Herr Schulz gibt einen kurzen Überblick über den aktuellen Sachstand zum Verfahren und stellt den Bericht zur Kosten-Wirksamkeits-Analyse Zukunftsszenarien ÖPNV vor.
Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Mählenhoff, AM Mauritz, AM Zahn.

AM Mählenhoff beantragt die Vertagung der Beratung.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 4 Enthaltungen.

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck nimmt die Potenzialanalyse für eine Straßenbahn zur Kenntnis.
2. Die Einführung eines Straßenbahnsystems wird im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) nicht berücksichtigt.

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

Abstimmungsergebnis	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt mehrheitlich die Beratung der Vorlage zu vertagen.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 6.1 Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität Vorlage: VO/2025/14000-01

Senator Hinsen berichtet, dass der Bürgermeister beabsichtigte, sich diesbezüglich mit den Nachbargemeinden/ Kommunen in einer Konferenz abzustimmen.

AM Mentz beantragt die Vertagung der Vorlage.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Gründung und Einrichtung einer kommunalen Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität zu initiieren.

Damit soll in Lübeck eine Anlaufstelle geschaffen werden, die nach dem Konzept einer „One-Stop-Agency“ aus einer Hand Beratung und Unterstützung anbietet sowie motivierende Beteiligungs- und Informationsformate für Bürger:innen, Unternehmen, Organisationen und Vereine organisiert und lokale Akteur:innen vernetzt.

Bis zur Bürgerschaftssitzung im Juli 2025 soll ein Konzept vorgelegt werden, das den finanziellen Mittel- und Personalstellenbedarf darstellt und Finanzierungsmöglichkeiten durch u.a. Fördermittel aufzeigt.

Sofern umliegende Gemeinden Interesse zeigen, sich an einer Energieagentur zu beteiligen, sollen die Möglichkeiten einer regionalen Ausweitung der Angebote und Aufgaben sowie der erweiterte Personalbedarf aufgezeigt werden.

Einzubindende Gruppen sind weitere Bereiche der Hansestadt Lübeck, Stadtwerke Lübeck, Wirtschaftsförderung Lübeck, Handwerkerschaft, Klima pro Lübeck, Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, Finanzinstitute, Förder- und Finanzierungsexpert:innen, Hochschulen, bestehende Bürgerenergiegenossenschaften und ggf. weitere.

Zukünftige Aufgaben einer Wärme- und Energieagentur:

- Kampagnen zur Wärmewende und zum Klimaschutz für Bürger:innen und im Gewerbe¹ durchführen
- Beratung für Gebäudeeigentümer:innen zur Wärmewende, zu Klimaschutz und Klimaanpassung

- Fördermöglichkeiten für die Energiewende im Gewerbe² und für Bürger:innen³ aufzeigen und bereitstellen
- Information, Beratung und Unterstützung für die Gründung von Genossenschaften als Betreibermodell von Wärmenetzen in Quartieren, die nicht für den Anschluss ans Fernwärmenetz vorgesehen sind
- Projekte entwickeln und umsetzen, wie z.B.
 - (Quartiers-)Befragungen durchführen und Beteiligungsformate entwickeln, die in Kooperation mit Handwerksbetrieben, Energieberater:innen sowie Förder- und Finanzierungsexpert:innen für Bürger:innen und Gewerbetreibende in den Quartieren durchgeführt werden
 - Organisation von Informationsveranstaltungen wie „Tag der offenen Tür“, um erfolgreiche Musterbeispiele für energetische Sanierungen und Heizsysteme für unterschiedliche Gebäudetypen erlebbar zu machen und zu zeigen, wie Klimaschutzmaßnahmen direkt den Alltag verbessern, z.B. durch geringere Energiekosten

Einrichtung und organisatorische Unterstützung eines fachkundigen Beirats (bestehend aus Akteur:innen der Zivilgesellschaft, sozialen Trägern, Kirchengemeinden, lokalem Handwerk, Architekt:innen, Wohnungswirtschaft, Mieterbund, politischen Parteien, Umweltschutzorganisationen, Stadtwerke und ggf. weitere) als Netz von Multiplikator:innen zur Verbesserung des Informationsflusses und des Dialogs.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt die Beratung der Vorlage zu vertagen.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 AM Katja Mentz (GAL): Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität Vorlage: VO/2025/14226

Gemäß TOP 1 werden TOP 3.3.3 und TOP 7.1 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 7.1 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Verwaltung mithilfe einer Drohne Teile des Niemarkter Landgrabens überflogen habe und entsprechend eine Videoaufzeichnung vorliege.

Frau Obel berichtet über die Flugroute der Drohne. Anhand des gezeigten Videos berichtet Frau Obel über entsprechende Erkenntnisse sowie Informationen bezüglich des Niemarkter Landgrabens.

Bzgl. der Vorlage AM Mentz regt die Verwaltung Änderungen an: u.a. erscheint es ggf. zielführender über einen Gewässerentwicklungsplan und zusätzlichen Monitoringbedarfen zu entscheiden und die verschiedenen Themenstellungen in einem Gesamtkonzept zu betrach-

ten. Es wird vereinbart, dass die Verwaltung in der Sitzung am 18.11.2025 eine erste Skizze für die Erstellung eines entsprechenden Gesamtkonzeptes zur weiteren Diskussion vorlegt.

Weiterhin beantwortet Frau Obel die Anfrage unter TOP 3.3.3 – VO/2025/14226-02 und die Fragen aus den vorherigen Ausschusssitzungen bezgl. der Vorlage VO/2025/14226 mündlich. Die Antworten finden sich in beigefügter Anlage.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Röttger, AM Müller, Frau Obel, AM Meier, Herr Schulz (Naturschutzbeirat), AM Zahn, AM Mählenhoff, AM Mentz.

AM Mentz beantragt die Vertagung der Vorlage.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

Anmerkung zur Niederschrift:

Wie von Obel angekündigt, sind zwei Anlagen zur Niederschrift beigefügt:

Anlage 1: Übersicht der Einleitungsgenehmigungen

Anlage 2: Lage der Messstellen

Antrag:

Die Mitglieder des Umweltausschusses beschließen:

1. Gewässerpflegeplan

Die Hansestadt Lübeck erstellt für die Wakenitz und die auf Lübecker Gebiet liegenden Nebenbäche einen Gewässerpflegeplan. Der Pflegeplan soll Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen enthalten, die für die Erhaltung und Entwicklung bestimmter, gefährdeter Pflanzen- und Tierarten und ihrer Lebensräume erforderlich sind. Hierbei sollen auch die Zuflüsse sowie die Ursachen von Schadstoffeinträgen und die Minimierung in Betracht genommen werden.

Naturschutzgruppen, Landwirte, Vereinigung der Wakenitz-Angler e.V., der Kreis Herzogtum Lauenburg, Lübeck Port Authority, die zuständigen Landesministerien Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sollen einbezogen werden, um einen möglichst ganzheitlichen, kreis- und länderübergreifenden Ansatz verfolgen zu können.

2. Monitoring Flora und Fauna

Es wird eine Bestandsaufnahme durch- und ein dauerhaft fortlaufendes Monitoring für Pflanzen und Tiere in dem Lübecker Teil des Naturschutzgebietes eingeführt.

3. Pilotprojekt Schilf

Kurzfristig wird ein Pilotprojekt zur Renaturierung initiiert, und in einem abgegrenzten Untersuchungsgebiet erforscht, wie Schilf wieder dauerhaft an den Ufern angesiedelt werden kann. Damit soll die ursprüngliche Artenvielfalt wieder hergestellt und möglichst erhöht werden.

Bisherige Erkenntnisse, wie z.B. durch das Schilfprojekt der Thomas-Mann-Schule und des offenen Lübecker Labors (LoLa) sowie jahrzehntelange Erfahrungen und Beobachtungen von Lübecker Naturschützer:innen sollen einbezogen werden.

4. Pilotprojekt Renaturierung Niemarker Landgraben

Der Niemarker Landgraben, als Zufluss zur Wakenitz, wird ebenfalls zum Untersuchungsgebiet und Pilotprojekt für eine Renaturierung. Es soll ermittelt und evaluiert werden, wie hoch die Schadstoffeinträge in und über den Niemarker Landgraben in die Wakenitz durch die Landwirtschaft und ggf. die Deponie Niemark sind und mit welchen Maßnahmen diese verhindert oder mindestens minimiert werden können, z.B. durch Einrichtung und Einhaltung eines mindestens zehn Meter breiten Uferschutzstreifens. Als weitere Maßnahme soll geprüft werden, ob der mit Nährstoffen angereicherte Schlamm (u.a. an der Mündung der Grönau), der teilweise eine drei Meter dicke Schicht bildet, in kleinen Teilabschnitten behutsam mit Saugbaggern entfernt und fachgerecht entsorgt werden kann. Auch soll die Einrichtung einer Retentionsfläche innerhalb des Niemarker Landgrabens in Betracht gezogen werden, damit vor Mündung in die Wakenitz verhindert wird, dass abgelagerter Schlamm und darin enthaltene schädliche Stoffe z.B. bei vermehrtem Starkregen in die Wakenitz geschwemmt wird.

5. Personal- und Sachkosten

Für alle oben genannten Maßnahmen ist der zusätzliche Personal- und Sachkostenbedarf bis zur Haushaltssitzung 2026 zu ermitteln und zu benennen. Mit dem Land Schleswig-Holstein und auf Bundesebene ist zu klären, ob Landes- oder Bundesmittel zur Verfügung gestellt bzw. beantragt werden können.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt die Beratung der Vorlage zu vertagen.

zu 8 Polizeibeirat

AM Zahn teilt mit, dass der CSD in Lübeck gut besucht gewesen sei. Unter anderem habe sich auch die Polizei bei der Veranstaltung sehr gut präsentiert. Herr Olbich bedankt sich für die Rückmeldung und werde die Information entsprechend weitergeben.

AM Mählenhoff teilt mit, dass ein Altenheim in Travemünde eine Rikscha benutzen würde. Sie bittet um Prüfung, ob für diese Rikscha eine Sondergenehmigung zur Nutzung in der Vorderreihe zu nicht stark frequentierten Zeiten erhalten könne. Für Radfahrer ist eine Nutzung der Vorderreihe zeitlich eingeschränkt. Herr Olbrich wird den Fall prüfen lassen.

zu 8.1 Sachstand der Ermittlungen zum Feuer in der Schützenstraße am 29.05.2025

Herr Olbrich berichtet mündlich über den Sachstand der Ermittlungen zum Feuer in der Schützenstraße am 29.05.2025. Die Ermittlungsergebnisse seien an die Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 8.2 Sachstand der Ermittlungen zum Feuer in der Langeneßallee am 22.07.2025

Herr Olbrich berichtet mündlich über den Sachstand der Ermittlungen zum Feuer in der Langeneßallee am 22.07.2025.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 9 Verschiedenes

zu 9.1 Mündliche Mitteilungen AM Höfel

AM Höfel berichtet, dass er eine Reportage über die Berufsfeuerwehr Lübeck auf NDR gesehen habe. AM Höfel bedankt sich bei Senator Hinsen und Herrn Köstler für die Umsetzung.

Anmerkung zur Niederschrift:

Aktuell ist die Reportage „24 Stunden mit der Berufsfeuerwehr Lübeck“ unter folgenden Link im Internet aufrufbar:

<https://www.ardmediathek.de/video/die-nordreportage/24-stunden-mit-der-berufsfeuerwehr-luebeck/ndr/Y3JpZDovL25kci5kZS9wcm9wbGFuXzE5NjM3Njc3OF9nYW56ZVNIbmR1bmc>

Zudem teilt AM Höfel mit, dass er mit der Vertagung von so vielen Vorlagen nicht einverstanden sei. Der Ausschuss müsse sich auch mal entscheiden.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Die Vorsitzende schließt um 19:08 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 19:10 Uhr von der Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 12 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil teilt die Vorsitzende mit, dass der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung im nichtöffentlichen Teil zwei Beschlüsse gefasst haben. Die Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 20:15 Uhr.

Lübeck, den 10. März 2026

Silke Mählenhoff
Vorsitzende/r

Julia Matthäus
Protokollführung